



REGLEMENT

ÜBER DEN MEHRWERTAUSGLEICH

BEI AUF- UND UMZONUNGEN

GEMÄSS §§ 105 FF. PBG

VOM 10. DEZEMBER 2018

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Bestimmungen.....	3
	Art. 1 Zweck	3
	Art. 2 Gegenstand der Abgabe (§ 105 PBG).....	3
	Art. 3 Abgabesatz	3
II.	Vertraglicher Mehrwertausgleich	3
	Art. 4 Anwendungsbereich	3
	Art. 5 Personelle Zuständigkeit.....	4
	Art. 6 Ablauf der Verhandlungen und Vertragsinhalt.....	4
III.	Schätzung des Mehrwerts.....	5
	Art. 7 Pool der Schätzungsfachleute.....	5
	Art. 8 Bezeichnung der zuständigen Schätzungsexpertinnen und -experten.....	5
	Art. 9 Kosten des Schätzungsverfahrens	6
IV.	Rechenschaftsablage.....	6
	Art. 10 Rechenschaftsablage	6
V.	Verwendung der Erträge	6
	Art. 11 Spezialfinanzierung.....	6
	Art. 12 Mittelverwendung	6
	Art. 13 Beiträge an Varianzverfahren / Wettbewerbsverfahren	7
VI.	Koordination mit Ortsplanung und Sondernutzungsplanung	8
	Art. 14 Koordination mit Ortsplanung und Sondernutzungsplanung.....	8
VII.	Schluss- und Übergangsbestimmungen	8
	Art. 15 Inkrafttreten	8
	Art. 16 Übergangsbestimmung	8

Die Gemeindeversammlung erlässt gestützt auf Art. 17 der Gemeindeordnung der Stadt Sursee (GO) vom 23. September 2007, § 3 Abs. 2 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern (GG) vom 4. Mai 2004 und die §§ 105 ff. des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Luzern (PBG) vom 7. März 1989, folgendes Reglement über den Mehrwertausgleich:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Dieses Reglement regelt die kommunale Umsetzung der kantonalen Vorgaben für die Erhebung einer Abgabe auf planungsbedingten Mehrwerten bei Um- und Aufzonen sowie beim Erlass und der Änderung von Bebauungsplänen.

Art. 2

Gegenstand der Abgabe (§ 105 PBG)

- ¹ Sofern ein Mehrwert anfällt, erhebt die Stadt Sursee von den Grundeigentümern eine Mehrwertabgabe:
 - a. bei der Umzonung von Land von einer Bauzone in eine andere Bauzonenart (Umzonung) in Gebieten mit Bebauungs- oder Gestaltungsplanpflicht,
 - b. bei der Anpassung von Nutzungsvorschriften (Aufzonung) in Gebieten mit Bebauungs- oder Gestaltungsplanpflicht,
 - c. beim Erlass oder bei der Änderung eines Bebauungsplans.
- ² Beträgt der Mehrwert weniger als 100'000 Franken, so wird keine Abgabe erhoben (Freigrenze nach § 105 Abs. 3^{bis} PBG).

Art. 3

Abgabesatz

Der Abgabesatz beträgt bei allen in Art. 2 Abs. 1 genannten Konstellationen 20 % des planungsbedingten Mehrwerts.

II. Vertraglicher Mehrwertausgleich

Art. 4

Anwendungsbereich

- ¹ Die Stadt Sursee kann den Mehrwertausgleich bei der Um- und Aufzonung in Gebieten mit Bebauungs- oder Gestaltungsplanpflicht sowie bei Erlass oder Änderung eines Bebauungsplanes in einem verwaltungsrechtlichen Vertrag (sog. städtebaulicher Vertrag) mit den Grundeigentümern regeln.

- 2 Zu diesem Zweck suchen die Vertreter der Stadt möglichst frühzeitig das Gespräch mit den jeweiligen Grundeigentümern.
- 3 Führen die Verhandlungen bezüglich Mehrwertausgleich zu keinem Vertragsabschluss, ist die Mehrwertabgabe im Verfahren nach § 105e PBG in Form einer Verfügung festzulegen. Das Gleiche gilt, wenn der Grundeigentümer die Veranlagung verlangt (vgl. § 105a Abs. 3 PBG).

Art. 5

Personelle Zuständigkeit

- 1 Verhandlungen über den Inhalt und den Abschluss eines städtebaulichen Vertrags werden seitens der Stadt Sursee durch die Verwaltung geführt.
- 2 Bei Bedarf wird ein Mitglied oder eine Delegation des Stadtrats zu den Verhandlungen beigezogen.
- 3 Für den Abschluss des ausgehandelten Vertrags ist die Zustimmung durch Beschluss des Stadtrates erforderlich.

Art. 6

Ablauf der Verhandlungen und Vertragsinhalt

- 1 Die Vertreter der Stadt Sursee orientieren die Grundeigentümer zu Beginn der Verhandlungen über ihre konkreten städtebaulichen und nutzungsrelevanten Ziele beim betreffenden Areal. Diese Ziele haben sich aus den raumplanerischen Grundlagen der Stadt Sursee zu ergeben (Räumliches Entwicklungskonzept, Konzept motorisierter Individualverkehr [MIV-Konzept], Langsamverkehrskonzept, Konzept betreffend öffentlichen Räumen, Bedürfnisse an öffentlicher Infrastruktur und Ausstattung, Förderung des öffentlichen und/oder langsamen Verkehrs etc.).
- 2 Die Parteien bezeichnen sodann die beiden Schätzungsexperten (vgl. Art. 8 nachfolgend).
- 3 Die im Vertrag zu regelnden Rechte und Pflichten der Grundeigentümer orientieren sich an den Vorgaben gemäss § 105a Abs. 2 PBG. Der Wert der zu vereinbarenden vertraglichen Leistungen, die auch in anderer Form als in Geldleistungen erbracht werden können, orientiert sich an der Höhe der Mehrwertabgabe von 20 %. Abweichungen nach unten oder oben sind möglich (§ 31f der Planungs- und Bauverordnung [PBV]).
- 4 Die Mehrwertabgabe soll primär durch eine Geldleistung, kann aber auch durch eine Sachleistung, die Einräumung von Rechten oder eine Kombination der genannten Leistungsarten erbracht werden. Das Total der im Vertrag vereinbarten Geld- und Sachleistungen hat der effektiv geschuldeten Mehrwertabgabe zu entsprechen.

- ⁵ Der Gegenwert der allenfalls im Vertrag vereinbarten Sachleistungen oder eingeräumten Rechten ist zu Marktwerten oder nach den Erstellungskosten zu bewerten.

III. Schätzung des Mehrwerts

Art. 7

Pool der Schätzungsfachleute

- ¹ Der Stadtrat bestimmt jeweils zu Beginn einer Legislatur einen Pool von natürlichen Personen als kommunale Schätzungsexperten. Diese Personen müssen einerseits über die notwendige fachliche Ausbildung und andererseits über genügend Berufserfahrung verfügen.
- ² Das Verzeichnis der so zugelassenen Schätzungsexpertinnen und -experten ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

Art. 8

Bezeichnung der zuständigen Schätzungsexpertinnen und -experten

- ¹ Zu Beginn der Aufnahme von Verhandlungen zwecks Abschluss eines städtebaulichen Vertrags bezeichnen die Stadt Sursee und der jeweilige Grundeigentümer aus dem Pool der Schätzungsexpertinnen und -experten gemäss Art. 7 unter der Voraussetzung, dass kein Anschein der Befangenheit vorliegt (Ausstandsgrund), je eine Person nach freier Wahl.
- ² Die Stadt Sursee beauftragt in der Folge die beiden ausgewählten Experten mit der individuellen Berechnung des planungsbedingten Mehrwerts. Die beiden Bewertungen sind den Parteien zeitgleich zu eröffnen.
- ³ Der mathematische Mittelwert der beiden errechneten Mehrwerte gilt als erzielter planungsbedingter Mehrwert und die daraus abgeleitete Mehrwertabgabe bildet Grundlage für die Vertragsverhandlungen.
- ⁴ Sofern die Resultate der Schätzungen stark voneinander abweichen, holt die Stadt eine Drittmeinung / ein Drittgutachten ein.
- ⁵ Als starke Abweichungen gelten folgende Differenzen zwischen beiden Schätzungen in Prozent der höheren Schätzung:
- | | |
|---|------|
| a. bei einem Mehrwert bis 200'000 Franken | 50 % |
| b. bei einem Mehrwert von 200'001 bis 1 Million Franken | 35 % |
| c. bei einem Mehrwert von über 1 Million Franken | 20 % |

Art. 9

Kosten des Schätzungsverfahrens

Die Kosten der Schätzungsverfahren werden aus der durch die Mehrwertabgabe geöffneten Spezialfinanzierung bezahlt.

IV. Rechenschaftsablage

Art. 10

Rechenschaftsablage

Die durch den Stadtrat abgeschlossenen städtebaulichen Verträge werden jährlich der Controlling-Kommission zur Einsichtnahme unterbreitet.

V. Verwendung der Erträge

Art. 11

Spezialfinanzierung

- ¹ Die Stadt Sursee führt für die Erträge aus der Mehrwertabgabe eine Spezialfinanzierung gemäss § 49 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHGG, SRL-Nr. 160).
- ² Die Stadt Sursee bezahlt aus den entsprechenden Mitteln die Verfahrenskosten.

Art. 12

Mittelverwendung

- ¹ Die der Stadt Sursee zufallenden Erträge aus der Mehrwertabgabe dürfen für sämtliche in Art. 5 Abs. 1^{ter} RPG und in § 105d Abs. 3 PBG vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Ziel und Zweck der Mittelverwendung ist primär die Kompensation von Auswirkungen der Siedlungsverdichtung.
- ² Im Einzelnen können namentlich an folgende Massnahmen Beiträge geleistet werden:

Aufwertungen des öffentlichen Raums	Platzgestaltung Strassenraumgestaltung
Aufwertung von Natur und Landschaft	Öffentlich zugängliche Parkanlagen, Grün- und Freiräume sichern bzw. schaffen Nächst- und Naherholungsgebiete sichern

Förderung der Siedlungsqualität	Finanzielle Unterstützung von Varianzverfahren / qualifizierten Planungsverfahren (vgl. Art. 12 Abs. 3 und Art. 13 des Reglements)
Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität / durchgrünte Siedlungen	Unterstützung der Siedlungsökologie
Förderung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum	Angemessene Reduktion der Mehrwertabgabe bei Erstellung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum oder einen einmaligen Beitrag an die Erstellung von preisgünstigem oder gemeinnützigem Wohnraum (gem. Art. 42 nBZR und nVO über den preisgünstigen Wohnungsbau)
Förderung des öffentlichen Verkehrs	Beiträge an die Förderung der Zugänglichkeit des ÖV, Optimierung von Haltestellen des ÖV
Förderung des Langsamverkehrs	Sichern und Schaffen eines guten Netzes von Fusswegverbindungen Unterstützung von Massnahmen zur Förderung des Zweiradverkehrs
Unterstützungsbeiträge für unterirdische Parkieranlagen	Unterstützungsbeiträge für unterirdische Parkieranlagen bei Auflösung von bestehenden oberirdischen Parkplätzen

³ Beiträge an Massnahmen, die gesetzlich ohnehin verlangt sind, z.B. für die Qualitätssicherung von Sondernutzungsplänen, sind nicht zulässig.

⁴ Der Stadtrat kann die Mittelverwendung im vorgegebenen Rahmen mittels einer Verordnung genauer bezeichnen.

Art. 13

Beiträge an Varianzverfahren / Wettbewerbsverfahren

¹ Die Stadt Sursee kann an die Kosten eines freiwilligen Varianzverfahrens (Wettbewerb, Studienauftrag oder Testplanung etc.) ohne Rechtsanspruch des Grundeigentümers Beiträge ausrichten.

² Voraussetzungen für die freiwillige Gewährung von Beiträgen an das Varianzverfahrens sind:

- a) Am Varianzverfahren (Vorbereitung, Aufgabenstellung, Jurierung etc.) hat die Stadt massgeblich mitgewirkt.
- b) Das Planungsergebnis aus dem Varianzverfahren leistet einen bedeutenden Beitrag zur Stadtentwicklung und zum Städtebau.

- c) Beiträge an ordentliche Planungs- und Projektierungskosten und Kosten für die Projektierung von gesetzlich verlangten baulichen Massnahmen sind ausgeschlossen.

³ Der Stadtrat legt den Beitrag im Einzelfall fest.

VI. Koordination mit Ortsplanung und Sondernutzungsplanung

Art. 14

Koordination mit Ortsplanung und Sondernutzungsplanung

- ¹ Die Veranlagung der Mehrwertabgabe oder der Abschluss von verwaltungsrechtlichen Verträgen ist mit der Ortsplanung bzw. mit der Sondernutzungsplanung zu koordinieren.
- ² Die Art der Mehrwertabgabe (Geld-, Sachleistungen oder die Einräumung von Rechten) ist im Planungsprozess möglichst frühzeitig festzulegen.

VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 15

Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt nach Annahme durch die Gemeindeversammlung in Kraft.

Art. 16

Übergangsbestimmung

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements hängigen Verfahren werden bereits nach diesem Reglement weitergeführt.

Beschlossen von der Gemeindeversammlung am 10. Dezember 2018.

Art. 2 Abs. 2 redaktionell angepasst aufgrund Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes per 1. Dezember 2019.

Beat Leu
Stadtpräsident

RA lic. iur. Bruno Peter
Stadtschreiber